

Die Kommission hat zum Thema "Transparency and sustainability of the EU risk assessment model in the food chain" eine Roadmap* gestartet und damit die Möglichkeit zum Feedback gegeben. Die Kommission sieht hinsichtlich der Transparenz bei Risikobewertung einen Änderungsbedarf der gesetzlich geregelt werden sollte.

Das Feedback-Verfahren ist nun abgeschlossen, es gab einige interessante Meinungen aus dem EU-Raum.

Hier eine interessante Stellungnahme der Europäischen Verbrauchervereinigung (BEUC):

BEUC bedauert den unglücklichen Zeitpunkt für die Veröffentlichung des Fahrplans, der keine ordnungsgemäße Konsultation unserer Mitglieder ermöglicht hat. Es ist auch bedauerlich, dass die Ergebnisse der allgemeinen Bewertung des Lebensmittelrechts „REFIT“ erst zwei Tage vor Abschluss dieser Konsultation veröffentlicht wurden.

Unsere ausführlichen Kommentare finden Sie im beigefügten Brief.

Zusammenfassend stimmen wir mit der Kommission überein, dass die Tatsache, dass die EFSA bei ihren Risikobewertungen auf von der Industrie finanzierte Studien zurückgreift, Verdacht erregt. Der BEUC hat seit langem gefordert, die Wissensbasis, auf der die EFSA ihre wissenschaftlichen Gutachten veröffentlicht, öffentlich zugänglich zu machen.

Darüber hinaus sehen wir die Notwendigkeit, den Mangel an öffentlichen Mitteln für die Forschung, auch im Lebensmittelbereich, zu beheben. Dies würde dazu beitragen, die Evidenzbasis zu erweitern, die die EFSA bei der Erstellung ihrer wissenschaftlichen Gutachten mit unabhängigen Untersuchungen im öffentlichen Interesse berücksichtigt.

BEUC stimmt der Kommission auch uneingeschränkt zu, dass „Transparenz bei wissenschaftlichen Bewertungen und Entscheidungen von entscheidender Bedeutung ist, um das Vertrauen in das Regulierungssystem sicherzustellen“. Die vorgeschlagene Initiative wird jedoch nur zu mehr Transparenz bei der Risikobewertung regulierter Produkte und Stoffe beitragen, während wir der Ansicht sind, dass es auch notwendig ist, Risikomanagemententscheidungen transparenter zu gestalten. Die Verbraucher müssen in der Lage sein, die Gründe zu verstehen, die dazu führen, dass bestimmte politische Optionen gegenüber anderen Optionen ausgewählt werden, um die bei der Risikobewertung festgestellten Risiken anzugehen (z. B. Entscheidung, das Vorsorgeprinzip anzuwenden oder nicht; Entscheidung für ein vollständiges Verbot vs. gesetzliche Grenze).

Uns entgeht die Erkenntnis, dass Meinungsverschiedenheiten über eine Produkt- / Stoffzulassung aus Überlegungen resultieren können, die über die Wissenschafts- / Risikobewertung hinausgehen und zu den „anderen legitimen Faktoren“ gehören, die beim Risikomanagement zu berücksichtigen sind. Aus Verbrauchersicht ist es besonders wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger der EU diese „anderen legitimen Faktoren“ berücksichtigen. Nicht nur Wissenschaft und Sicherheit, sondern auch sozioökonomische, ethische, umweltbezogene usw. Aspekte sowie die Präferenzen und Einstellungen der Verbraucher gegenüber bestimmten Technologien sollten von den Entscheidungsträgern bei der Abwägung politischer Optionen umfassend berücksichtigt werden.

Damit Risikomanagemententscheidungen transparenter werden, müssen auch die Stimmen der Mitgliedstaaten in Komitologieentscheidungen veröffentlicht werden.

Was die Risikokommunikation angeht, so fehlt in der Roadmap neben der Herausforderung, einer Laienöffentlichkeit komplexe wissenschaftliche Gutachten zu übermitteln, die Frage, welche Unterschiede bei der Risikobewertung zwischen der EFSA und nationalen (oder internationalen) Agenturen für Lebensmittelsicherheit bestehen können (z. B. im Internet) die Sicherheit von Koffeinsicherheit, Bisphenol A oder Glyphosat) oder zwischen den nationalen Behörden selbst (z. B. kürzlich auf Fipronil).

Die Verbraucher müssen verstehen, warum verschiedene Lebensmittelsicherheitsbehörden manchmal zu bestimmten Themen unterschiedliche wissenschaftliche Empfehlungen abgeben.

Die begrenzten Ressourcen und die zunehmende Arbeitsbelastung der Agentur haben die EFSA in den letzten Jahren unter Druck gesetzt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EFSA ausreichende

Finanzmittel erhält, damit sie die wachsende Anzahl von Zulassungsdossiers bewältigen kann, während gleichzeitig ein gewisses Budget für umfassendere Arbeiten übrig bleibt (z. B. Selbstverwaltung, bei der Wissenslücken als Teil festgestellt wurden) der wissenschaftlichen Bewertungen der EFSA). Es muss gebührend überlegt werden, wie die EFSA hochkarätige Wissenschaftler in ihren Expertengremien gewinnen und halten kann.

Angesichts der wachsenden Ressourcenknappheit der Agentur dürfte die Frage der Gebühren für die EFSA erneut auftauchen. Wenn Gebühren eingeführt werden, müssen diese unbedingt so erhoben werden, dass der EFSA keine Interessenkonflikte vorgeworfen werden können. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass sich das Verhältnis der EFSA zur Industrie in keiner Weise aufgrund von Gebühren ändert (oder dies kann vermutet werden), dh die Industrie sollte nicht aus den Gebühren schließen, die sie für eine Dienstleistung zahlt, und nicht erwarten, dass die EFSA stärker auf diese reagiert ihre Bedürfnisse und nicht die der EU-Bürger.

*Roadmaps zielen darauf ab, Bürger und Interessengruppen über die Arbeit der Kommission zu informieren, damit sie Feedback geben und effektiv an zukünftigen Konsultationsaktivitäten teilnehmen können. Bürger und Interessengruppen werden insbesondere aufgefordert, Stellungnahmen zum Verständnis der Kommission für das Problem und zu möglichen Lösungen abzugeben und relevante Informationen auszutauschen. Roadmaps beschreiben das zu lösende Problem und die zu erreichenden Ziele, erläutern, warum Maßnahmen der EU erforderlich sind, skizzieren politische Optionen und beschreiben die Hauptmerkmale der Konsultationsstrategie. Wenn die erwarteten Auswirkungen eines EU-Rechts oder einer EU-Politik wahrscheinlich erheblich sind, führt die Kommission eine Folgenabschätzung durch, bevor sie ihren Vorschlag unterbreitet. Ziel dieser Bewertung ist es, das zu behandelnde Thema, die Frage, ob auf EU-Ebene Maßnahmen ergriffen werden sollten, und die möglichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der verschiedenen genannten Lösungen genauer zu analysieren. Die Ergebnisse der Folgenabschätzung fließen in die Entscheidung der Kommission ein.